

THEMEN 08

Direkte Demokratie und Atomenergie

24. April 2013

Autor: Frank Rehmet

frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3
74594 Krefßberg

Telefon 07957-9239050
Fax 07957-9249992
info@mehr-demokratie.de

Inhalt

I.	Einleitung	3
II.	Volksbegehren und Volksentscheide zur Atompolitik und Atomkraftwerken	3
III.	Volksabstimmungen und Debatten zu atomaren Zwischen- und Endlagern	11

I. Einleitung

Zum Thema Atomenergie/Kernenergie fanden in verschiedenen Ländern bereits Volksabstimmungen statt. Dies überrascht insofern nicht, als die Energiepolitik ein oftmals sehr umstrittenes und viel diskutiertes Politikfeld darstellt. Insbesondere Atomkraftwerke und deren Neubau waren bislang Gegenstand einer Volksabstimmung. Jedoch gab es auch (lokale) Abstimmungen über atomare Zwischen- und Endlager.

II. Volksbegehren und Volksentscheide zur Atompolitik und Atomkraftwerken

Zunächst soll eine tabellarische Übersicht gegeben werden, in welchen Ländern bereits direktdemokratische Verfahren zur Atomenergie stattfanden. Diese Liste umfasst nicht die Volksentscheide zu atomaren Zwischen- und Endlagerstätten, welche gesondert dargestellt werden (Abschnitt III).

Tabelle 1: Übersicht Volksbegehren und Volksentscheide zur Atomenergie (Stand: 18. April 2013)

Nr.	Land / Region	Datum	Ergebnis
1	Österreich	05.11.1978	50,5 % gegen Atomenergie/Inbetriebnahme AKW Zwentendorf; Abstimmungsbeteiligung: 64,1 %
2	Schweden	23.03.1980	Drei Varianten zu Neubauten von Atomkraftwerken: Alle drei mit 60-80 % abgelehnt, damit Votum für Atomausstieg (keine weiteren Neubauten); Abstimmungsbeteiligung: 74,2 %
3	Italien	08.09.1987	80,6 % gegen Atomenergie = gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen Abstimmungsbeteiligung: 65,15 %
4	Deutschland (Bundesländer)	1965 (1) 80erJahre (4)	Insgesamt fünf Volksbegehren gegen Atomenergie (AKW, Standorte, Wiederaufbereitungsanlagen), davon vier in Bayern, eines in Nordrhein-Westfalen; Alle erfolglos, da unzulässig (4) bzw. nicht eingereicht (1)
5	Slowenien (AKW Krsko)	1995/1996	Keine Volksabstimmung, nur Plan eines Referendums über die Schließung des AKWs Krsko, initiiert von einer Parlamentsminderheit. Ergebnis: Abgeordnete der LDS zogen nach Diskussionen ihre Unterschriften zurück, damit kein Referendum
6	Japan (Gemeinde Maki)	04.08.1996	Abstimmung in einer Gemeinde. 61 % gegen ein Atomkraftwerk.

Nr.	Land / Region	Datum	Ergebnis
			Abstimmungsbeteiligung: ca. 70-75 %
7	Österreich	1997	Unverbindliche Volkspetition (in Österreich „Volksbegehren“ genannt) „Atomfreies Österreich“ Erreichte Unterschriftenzahl 4,3 %, kein Erfolg.
8	Deutschland (Bayern, Kommunalebene)	Ende 1990er	Temelin-Bürgerentscheide – mehrere Bürgerentscheide in Bayern, de facto erfolgreich; Widerstand durch Stromabnahmeverträge der Kommunen, die per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid thematisiert wurden.
9	Österreich	2002	Unverbindliche Volkspetition gegen AKW Temelin/Kopplung mit EU-Beitritt Tschechiens; Ergebnis: Kein Erfolg, das Volksbegehren erreichte 15,5 % Unterschriften. Keine Übernahme durch Parlament.
10	Österreich	2003	Unverbindliche Volkspetition „Atomfreies Europa“, initiiert von Greenpeace Österreich. Ergebnis: Erreichte 2,2 % Unterschriften, keine Übernahme der Anregung durch das Parlament
11	Litauen (AKW Ignalina)	12.10.2008	Längerer Betrieb des Atomkraftwerks Ignalina; Ergebnis: Konsultativer Volksentscheid, hat keine Relevanz, da das notwendige 50 %-Beteiligungsquorum knapp verfehlt wurde.
12	Italien	13.06,2011	Gegen Planung und Bau von neuen Atomkraftwerken Ergebnis: Erfolgreich im Volksentscheid mit 94,1 %-Mehrheit
13	Litauen	14.10.2012	Für Bau eines neuen Atomkraftwerks Ergebnis: Im Volksentscheid mit 64,8 %-Mehrheit abgelehnt.
14	Bulgarien	27.01.2013	Bau eines neuen Atomkraftwerks Ergebnis: Beim Volksentscheid vom 27. Januar 2013 sprechen sich 60,6 % für einen Neubau aus. Da das Beteiligungsquorum von ca. 62 % deutlich verfehlt wird, ist das Ergebnis nicht bindend, lediglich eine Debatte im Parlament muss stattfinden.
15	Taiwan (AKW Lugmen/Gongliao)	geplant	Die Regierung hat im März 2013 angekündigt, ein Referendum über das fast fertig gebauten AKW Lugmen/Gongliao
16	Schweiz	regelmäßig	Siehe unten

Quelle: Eigene Darstellung

Daten und Hintergrundinformationen

Im Folgenden sind die oben aufgelisteten Verfahren detaillierter beschrieben.

1) Österreich 1978 (Zwentendorf)

Datum der Volksabstimmung: 5.11.1978

Verfahrenstyp: Referendum

Ergebnis: 50,46 % gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen bei einer Abstimmungsbeteiligung von 64,1 %

Fragestellung: „Soll der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) Gesetzeskraft erlangen?“

Hintergründe: Politisches Großereignis, das große Wellen ausgelöst hat. „Zwentendorf“ ist zum Symbol geworden und beeinflusst die österreichische (Energie-) Politik bis heute.

2) Schweden 1980

Datum der Volksabstimmung: 23.03.1980

Verfahrenstyp: Formal nicht-bindendes Referendum, initiiert vom Parlament, faktische Bindewirkung

Abstimmungsbeteiligung: 74,2 %

Ergebnis: ca. 60-80 % für Atomausstieg (keine weiteren Neubauten)

Drei Varianten, die jeweils abgelehnt wurden:

19,6 % für **Variante 1**

Inhalt: Maximal 12 AKW-Neubauten ohne Stilllegungen nach 25 Jahren; Vorlage wurde unterstützt von den Christdemokraten.

40,5 % für **Variante 2**

Inhalt: maximal 12 AKW-Neubauten, aber Stilllegung nach 25 Jahren und Ersatz durch Erneuerbare Energien; Vorlage wurde unterstützt von den Sozialdemokraten, Liberalen und Gewerkschaften.

39,95 % für **Variante 3**

Inhalt: Stilllegung aller AKWs binnen 10 Jahren; Vorlage wurde unterstützt von Kommunisten und „Zentralisten“.

3) Italien 1987

Datum der Volksabstimmung: 8.09.1987

Verfahrenstyp: Bindendes Referendum, initiiert vom Volk (referendum abrogativo)

Abstimmungsbeteiligung: 65,15 %, damit 50 %-Beteiligungsquorum erreicht, Abstimmung somit gültig.

Ergebnis: 80,6 % gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen.

4) Deutschland/Bundesländer (1965 und 80er Jahre)

- Bayern 1965: „Waldsicherungsgesetz“: Gegen den Bau einer Atomforschungsanlage
Ergebnis: Antrag auf VB nicht zugelassen (verfassungswidrig).
- Bayern 1985: „Nationalpark Bodenwöhrer Senke“ / Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen (Verstoß gegen Bundesrecht).
- Nordrhein-Westfalen 1986: Volksbegehren „NRW gegen Atomanlagen“ - Für Verstaatlichung und Stilllegung von Atomkraftwerken
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen, Klage auf Zulässigkeit gescheitert (Bundeskompetenz).
- Bayern 1987: „Gesetzentwurf über kerntechnische Anlagen“, de facto Verhinderung der WAA Wackersdorf
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen (Verstoß gegen Bundesrecht).
Hintergrund / Ziel: In bestimmten Landkreisen sollen kerntechnische Anlagen untersagt werden und dort Waldflächen wiederaufgeforstet werden.
- Bayern 1998: Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk in Bayern“;
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht eingereicht.
Hintergrund/Ziel: Trotz Bundeskompetenz im Atomrecht sollte der Bau von neuen Atomkraftwerken in Bayern ausgeschlossen werden dadurch, dass per Volksbegehren für die Standortsicherung das Erfordernis eines „Standortsicherungsgesetzes“ in das Bayerische Landesplanungsgesetz eingeführt wird, also die Sicherung eines Standorts nur noch per Gesetz möglich sein soll und damit im Wege eines Volksbegehrens/Volksentscheids auch abgelehnt werden könnte.

5) Slowenien / Krsko 1995

Keine Abstimmung, nur Plan eines Referendums

Verfahrenstyp: plebiszitäres Verfahren mit Initiative Parlamentsminderheit mit Bindewirkung

Verlauf: 26.10.1995: Referendum geplant von Parlamentsminderheit: 37 Abgeordnete (mehr als ein Drittel) brachten Antrag zur Abhaltung eines Referendums über die Schließung des AKWs Krsko ein (Ausgang wäre bindend gewesen).

Lobby, Kampagne gegen den Plan, Abgeordnete der LDS wurden unter Druck gesetzt.

Ergebnis: Abgeordnete der LDS zogen Unterschriften zurück, kein Referendum

6) Japan 1996, Gemeinde Maki

Datum der Abstimmung: 4.08.1996

Verfahrenstyp: Nicht-bindendes Referendum

Ergebnis: 61 % gegen ein AKW bei einer Abstimmungsbeteiligung von ca. 88 %

Hintergründe: In der Stadt Maki (30.000 Einwohner) stimmten 12.400 gegen und 7.900 für das geplante Atomkraftwerk. Es war die erste lokale Volksabstimmung in Japan. Die Regierung in Tokyo erklärte, das rechtlich nicht bindende Referendum nicht zur Kenntnis zu nehmen. Andererseits wird es aber auf jeden Fall zu Konsequenzen kommen, da die Stadt Maki dem Errichter Tohoku Electric Power Co. kein Grundstück mehr freiwillig überlassen wird, was der Bürgermeister bereits verkündete. Die Gemeinde besitzt noch immer einige Grundstücke direkt

auf dem Errichtungsgelände. Tohoku Electric Power Co. wollte das AKW schon 1969 errichten, musste aber 1983 sogar die Planungen vorübergehend einstellen, weil Grundstücksspekulanten und Atomgegner es geschafft hatten, kleine Grundstücke am Gelände zu kaufen.

2003 waren nach vielen Jahren des Widerstands 97 Prozent der Grundstücksfläche in den Händen der Tohoku. Die Pläne für einen Neubau wurden jedoch nie realisiert und nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 wird in Japan weniger auf Atomkraft und zunehmend mehr auf erneuerbare Energien gesetzt.

7) Österreich 1997 Volkspetition „Atomfreies Österreich“

Datum der Eintragungszeit für das Volksbegehren: 24.11 – 1.12.1997

Verfahrenstyp: Unverbindliche Volksanregung (in Österreich „Volksbegehren“ genannt)

Ergebnis: Erreichte Unterschriftenzahl 4,3 Prozent, kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament.

8) Deutschland (Bayern, Kommunalebene, Ende 90er Jahre)

Mehrere Bürgerbegehren fanden zu Stromabnahmeverträgen von Stadtwerken in **Bayern** statt, welche de facto erfolgreich waren:

2001 wurden in insgesamt 11 Städten und Gemeinden Bürgerbegehren gegen den tschechischen Atomreaktor Temelin initiiert und damit eine koordinierte Aktion gestartet, die letztlich von Erfolg gekrönt war.

Mit den Bürgerbegehren sollten vor allem Stadtwerke und Gemeinden in Grenznähe zur Tschechischen Republik verpflichtet werden, keinen Strom mehr vom E.ON-Konzern zu kaufen, solange E.ON mit dem Temelin-Betreiber CEZ einen Stromlieferungsvertrag hat.

Dazu musste bei Städten, die als Stadtwerke keinen Eigenbetrieb, sondern eine GmbH hatten, eine zweistufige Bürgerbegehrensfrage ausgearbeitet werden: Die erste sollte den verlorenen demokratischen Einfluss der jeweiligen Stadt zumindest bei Grundsatzentscheidungen der Versorgungsbetriebe wieder herstellen, die zweite Stufe der Frage zielte dann darauf ab, eine solche Grundsatzentscheidung gegen die Zusammenarbeit mit dem CEZ-Partner E.ON zu treffen und zu verankern.

Erfolg: Auf dem Höhepunkt der Aktionen vollzog der E.ON-Konzern eine Kehrtwende und kündigte im August 2001 den Stromliefervertrag mit CEZ. Damit hatten sich die Begehren aus Sicht der Initiatoren „erfolgreich erledigt“ und konnten daher (in unterschiedlichen Verfahrensstadien) zurückgezogen werden. Beobachter sprechen davon, dass erstmalig mit einer koordinierten Bürgerbegehrensaktion in mehreren Gemeinden und Städten ein „Global-Player“ in seiner Entscheidung massiv beeinflusst werden konnte.

9) Österreich 2002: Volkspetition Temelin

Gegen AKW Temelin/Kopplung mit dem Beitrittsvertrag bzgl. der Tschechischer Republik zur Europäischen Union.

Verfahrenstyp: Unverbindliche Volksanregung (in Österreich „Volksbegehren“ genannt)

Hintergründe: Österreichisches Volksbegehren des Rechtspopulisten Haider / Freiheitlich Partei (FPÖ) gegen das tschechische AKW Temelin erreichte rund 915.000 Unterschriften = 15,5 Prozent der Wahlberechtigten.

Ziel der Aktion war es, dem Parlament in Wien die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages mit Tschechien nur dann zu erlauben, wenn Temelin abgeschaltet wird und Tschechien „völkerrechtlich bindend“ aus der Atomenergie aussteigt.

Ergebnis: kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament

10) Österreich 2003: Volkspetition „Atomfreies Europa“

Verfahrenstyp: Unverbindliche Volksanregung (in Österreich „Volksbegehren“ genannt)

Hintergründe: von Greenpeace Österreich initiiert. Ziel der Aktion war es, durch „verfassungsgesetzliche Maßnahmen sicherstellen, dass die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung verpflichtet sind, sich bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union für einen Ausstieg der EU-Mitgliedstaaten aus der Kernenergienutzung einzusetzen.“

Ergebnis: Erreichte rund 132.000 Unterschriften = 2,23 Prozent der Wahlberechtigten. Kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament

11) Litauen 2008: Volksentscheid

„Für längeren Betrieb des Atomkraftwerks Ignalina“

Datum der Abstimmung: 12.10.2008

Verfahrenstyp: Parlamentsplebiszit / konsultativ

Hintergründe: Das Parlament entschied, zusammen mit den Parlamentswahlen von 2008 eine Konsultativabstimmung über einen weiteren Betrieb des AKWs Ignalina abzuhalten, bis ein neues Kraftwerk gebaut ist. Gemäß dem Beitrittsvertrag zur Europäischen Union müsste Ignalina bis Ende 2009 abgestellt werden.

Ergebnis: Keine Relevanz, da am Beteiligungsquorum von 50 % gescheitert (Gleichzeitig fanden Parlamentswahlen mit einer Beteiligung von 48,5 % statt, diese sind aber gültig...)

Abstimmungsbeteiligung: 48,2 %.

12) Italien 2011: Volksentscheid „Aufhebung der Planung und des Baus neuer Atomkraftwerke 2011“

Datum der Abstimmung: 13.06.2011

Verfahrenstyp: Fakultatives Referendum / verbindlich („referendum abrogativo“)

Hintergründe: Ziel: Gegen die Planung und den Bau neuer Atomkraftwerke in Italien

Ergebnis: Erfolgreich im Volksentscheid mit 94,1 %-Mehrheit.

Abstimmungsbeteiligung: 54,8 %.

13) Litauen 2012: Volksentscheid „Bau eines neuen Atomkraftwerks“

Datum der Abstimmung: 18.10.2012

Verfahrenstyp: Parlamentsplebiszit / konsultativ

Hintergründe: Ende 2009 stellte das Atomkraftwerk Ignalina seinen Betrieb ein. Die Regierung will ein Ersatz-AKW bauen, doch Anfang 2012 begannen Grüne und Umweltorganisationen, 300.000 Unterschriften für eine Volksabstimmung zu diesem Thema zu sammeln. Die benötigten Unterschriften werden nicht erreicht, doch das Parlament entscheidet, zusammen mit den Parlamentswahlen eine konsultative Volksabstimmung über die Zukunft der Kernenergie abzuhalten.

Ergebnis: Abstimmungsmehrheit gegen Atomkraft (64,8 %). Das Ergebnis ist jedoch formal nicht bindend für das Parlament. Bei den Parlamentswahlen gewannen zugleich die atomkraftkritischen Oppositionsparteien, so dass die Pläne für einen Neubau vor dem Aus stehen.

Abstimmungsbeteiligung: 52,6 % (damit Beteiligungsquorum von 50 % erreicht).

14) Bulgarien 2013: Volksentscheid „Bau eines neuen Atomkraftwerks“

Datum der Abstimmung: 27.01.2013

Verfahrenstyp: Volksinitiative / verbindlich (unter bestimmten Bedingungen). Das Ergebnis ist jedoch für das Parlament nur dann bindend, wenn die Beteiligung mindestens so hoch wie bei der letzten Parlamentswahl ist und die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen dem Vorschlag zustimmt. Bei einem Ja und einer Beteiligung von über 20 % findet lediglich eine Debatte im Parlament statt.

Hintergründe: Im März 2012 lässt die regierende GERB-Partei den Bau eines zweiten Atomkraftwerks in Belene wegen zu hoher Kosten stoppen. Die oppositionelle BSP sammelt insgesamt mehr als 543.000 gültige Unterschriften für den Bau von Belene, damit findet eine Volksabstimmung stattfinden.

Ergebnis: Im Volksentscheid sprechen sich 60,6 % für einen Neubau aus. Da die Abstimmungsbeteiligung mit 20,2 % deutlich niedriger ist als bei der letzten Parlamentswahl 2009 (ca. 62 %), ist das Ergebnis jedoch nicht bindend. Da die Beteiligung jedoch höher als 20 % beträgt, muss eine Debatte im Parlament stattfinden.

Abstimmungsbeteiligung: 20,2 %.

15) Taiwan 2013: Volksentscheid zum fast fertigen Atomkraftwerk Lugmen geplant

Datum der Abstimmung: noch unklar, Volksentscheid im März 2013 angekündigt

Verfahrenstyp: konsultatives Plebiszit (von der Regierung initiiert)

Fragestellung (geplant): „Sind sie dagegen, dass das Kraftwerk fertiggestellt wird?“

Hintergründe: Der Standort ist stark erdbebengefährdet und nach Fukushima sind viele Taiwaner der Atomkraft kritisch gegenüber eingestellt. Nach Fukushima wurde bereits ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen.

Neben dem Referendum in ganz Taiwan soll auch in der Standortgemeinde New Taipei City eine lokale Befragung in Vorbereitung sein. 50 000 Unterschriften wurden hierzu eingereicht.

16) Schweiz

In der Schweiz gab und gibt es zahlreiche Volksbegehren und Volksentscheide zu Energiepolitik, Ökosteuer und auch speziell zur Frage der Atomenergie, sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene.

In der Schweiz stellt die direkte Demokratie in verschiedenen Ausprägungen (obligatorisches Verfassungsreferendum, Initiative und fakultatives Referendum) ein politisches Routineverfahren dar, Bürgerbeteiligung in Kombination von Volksrechten und anderen Verfahren der Bürgerbeteiligung sind häufig anzutreffen. Auf nationaler Ebene etwa hat das Schweizer Ministerium (Department) für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation einen „Entsorgungs-Dialog“ im Hinblick auf eine Totalrevision des Atomgesetzes initiiert.

Besonders beachtlich ist in diesem Zusammenhang, dass 2004 das Kernenergiegesetz dahingehend geändert wurde, dass der Bau neuer Atomkraftwerke dem fakultativen Referendum unterstellt wurde. Dies bedeutet, dass ein Neubau die Hürde einer Volksabstimmung nehmen muss, da die Gegner sicherlich Unterschriften sammeln werden.

Aktuelle Entwicklung (Stand: April 2013): Generell hat die Schweiz nach dem Reaktorunfall von Fukushima, Japan (2011) reagiert. Im Laufe des Jahres 2011 legten Bundesrat und Parlament mit ihrem Entscheid, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen, den Grundstein für eine neue Energiepolitik (*Energiestrategie 2050*). Die fünf Schweizer Kernkraftwerke sollen am Ende ihrer Betriebsdauer stillgelegt und nicht durch neue Kernkraftwerke ersetzt werden. Die Frage des Ausstiegs wird voraussichtlich 2015 in einer Volksabstimmung entschieden werden.

Links zur Schweiz:

www.admin.ch/dokumentation/abstimmung/index.html?lang=de

www.bfe.admin.ch/themen/00511/index.html?lang=de

www.bfe.admin.ch/themen/00526/00527/index.html?lang=de (Energiestrategie 2050)

www.swissinfo.ch/ger/politik_schweiz/Relativierte_Aengste_geben_der_Atomlobby_Auftrieb.html?cid=34796010

Liste (ohne Gewähr der Vollständigkeit) der Atomenergie-Abstimmungen in der Schweiz

National (vgl. http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/vab_2_2_4_1_gesamt.html)

- 1984 Volksinitiative „für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke“
Abstimmung 1984, mit 55,0 % abgelehnt
- 1990 Volksinitiative „für den Ausstieg aus der Atomenergie“
Volksbegehren eingereicht 1.10.1987, abgestimmt 1990
Abstimmungsbeteiligung: 40 %
Ergebnis: 47,1 % und 6 2/2 Kantone dafür, damit Vorlage abgelehnt
- 1990 Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“ (keine neuen AKWs bis September 2000)
Abstimmungsbeteiligung: 40 %
Ergebnis: 54,5 % und 17 5/2 Kantone dafür, Vorlage angenommen
- 2003 Volksinitiative „Strom ohne Atom“ (Stilllegung AKWs, Einstellung Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente, Umstellung der Stromversorgung)
Abstimmungsbeteiligung: 50 %.
Ergebnis: Im Volksentscheid Mai 2003 mit 66,3 % Nein-Stimmen abgelehnt.
- 2003 Volksinitiative „Moratorium Plus“ Verlängerung des Baustopps neuer AKWs von Sept. 2002 um weitere 10 Jahre.
Abstimmungsbeteiligung: 50 %.
Ergebnis: Mit 58,4 % Nein-Stimmen beim Volksentscheid im Mai 2003 abgelehnt.

Kantonal

- 1989: Kanton **Aargau**: Ablehnung des Projekts Atomkraftwerk Kaiseraugst per Volksentscheid (dort auch Widerstand durch Besetzung des Bauplatzes).

- 16.02.1992 Volksentscheid im Kanton **Bern** gegen Atomkraftwerk Mühleberg, Ergebnis: Vorlage angenommen.
- 1995: Kanton **Nidwalden**: Zwei Vorlagen zum Endlager Wellenberg (Stellungnahme der Nidwaldner Regierung zum Rahmenbewilligungsgesuch und die Erteilung der Konzession zur Nutzung des Untergrundes) knapp per Volksentscheid abgelehnt.
- 1998 Kanton **Zürich**: Volksinitiative „Für die Mitsprache bei Atomendlagern“. Ergebnis: unklar, da VI geplant / angekündigt wurde. Jedoch langfristig ist ein indirekter Erfolg zu verzeichnen
Initiator: Lokale Schweizer Bürgerinitiative 'BeDENken'.
Hintergründe: Es ging es nicht um das „Ja“ oder „Nein“ zum atomaren Endlager, sondern um die Frage der Mitbestimmung der Bevölkerung des Kantons Zürich.
- 24.09.2000 Volksentscheid im Kanton **Bern** zur Umsetzung „Volksinitiative zur Stilllegung des AKW Mühleberg“; Ergebnis: Vorlage abgelehnt
- 22.09.2002 Volksentscheid im Kanton **Nidwalden** zum Endlager Wellenberg, Ergebnis: Gegen Endlager / Sondierungsstollen, Vorlage abgelehnt mit 57,5 % zu 42,5 %. Abstimmungsbeteiligung 71,3 %.
- 13.02.2011 Volksentscheid im Kanton **Bern** zur Stellungnahme gegenüber dem Bund bzgl. des Neubaus des AKW Mühleberg; Ergebnis: Vorlage knapp mit 51 % angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 51,7 %. Damit muss Bern dem Bund mitteilen, dass es für den Neubau des AKW Mühlebergs ist (Hintergrund: www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Nun-geht-der-Atomstreit-erst-richtig-los-/story/14588867)

III. Volksabstimmungen und Debatten zu atomaren Zwischen- und Endlagern

Im folgenden Abschnitt werden ausgewählte Volksabstimmungen und Debatten zu atomaren Lagerstätten betrachtet.

- a) **USA:** Endlager Wüste Nevada: Bislang kein Volksentscheid
- b) **Schweiz:** Wellenberg, Kanton Nidwalden, CH (geplantes Endlager):
Zwei Volksentscheide gegen Endlager bzw. Vorarbeiten
- c) **Kanada:** Zwei lokale Referenden: Eines pro Standort, eines gegen Standort
- d) **Schweden:** Zwei lokale Referenden: beide gegen Standort
- e) **Finnland:** Endlager: Ein lokales Referendum pro Standort

a) **USA/Nevada – Endlager geplant**

Geplant war, dass in Yucca Mountain, in der Wüste Nevadas, ein nukleares Endlager gebaut werden soll. Erstens wurde jedoch für dieses Projekt eine Abfallmenge vereinbart, die beim Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke über eine Dauer von 40 Jahren entsteht. Sollten die Meiler hingegen tatsächlich 60 Jahre laufen, wird weitaus mehr Atommüll zu entsorgen sein. Zweitens wächst in Nevada der Widerstand gegen ein Endlager. 2009 wurde das Projekt jedoch unter Präsident Obama gestoppt, da das Projekt in einem Erdbebengebiet liegt. Zudem ist die zu entsorgende Müllmenge bereits jetzt größer als die bislang zugelassene Kapazität.

In Nevada existiert das Recht auf Volksbegehren für Gesetze und Verfassungsänderungen (Unterschriftenquorum 10 %). Aktuell ist kein Volksbegehren lanciert/geplant.

Einen guten Überblick zum Nevadaprojekt gibt eine Seite des NDR, dort wurde eine Dokumentation gedreht:

http://www.ndr.de/tv/prisma/archiv/20020528_7.html

und die Regierungshomepages:

www.ymp.gov

www.nrc.gov

b) **Schweiz**

Eine Übersicht zum Thema Entsorgung bieten die Seiten der Nagra (Entsorgungsgesellschaft):

www.nagra.ch

Unter http://www.nagra.ch/g3.cms/s_page/77520/s_name/woentsorgen finden sich Übersichtskarten für die Schweiz.

Wellenberg, Kanton Nidwalden (Geplantes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle)

1993 hatte die Nagra den Wellenberg als Standort für ein Endlager bekannt gegeben. Ein Jahr später wurde die Genossenschaft für Nukleare Entsorgung Wellenberg gegründet und am 17. Juni das Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Am 25. Juni 1995 wurden im Kanton Nidwalden die beiden Wellenberg-Vorlagen - die Stellungnahme der Nidwaldner Regierung zum Rahmenbewilligungsgesuch und die Erteilung der Konzession zur Nutzung des Untergrundes - knapp per Volksentscheid abgelehnt. Im August 1996 hat sich der Bundesrat zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf die Realisierung eines Endlagers geäußert. Er hat eine weitere Volksabstimmung zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen und im Hinblick auf die Entsorgung der radioaktiven Abfälle die Erarbeitung einer einvernehmlichen Lösung durch die Wiederaufnahme des Gesprächs mit allen Beteiligten vorgeschlagen. Dabei sollten insbesondere offene Fragen bezüglich Kontrollierbarkeit und Verschluss eines Endlagers, Rückholbarkeit von Abfällen und der Erdbebengefährdung geklärt werden.

Zweite Volksabstimmung am 22.09.2002: Ablehnung des Baus eines Sondierstollens mit 57,5 % zu 42,5 %. Abstimmungsbeteiligung 71,3 %.

Sehr interessant und informativ (mit Archiv bis zum Jahr 2002) ist das Internetangebot der Gegner des Endlagers:

www.mna.ch (= Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen MNA.)

In deren Chronik steht, dass offenbar im Vorfeld der Standortentscheidung sehr wenig bis keine Bürgerbeteiligungsverfahren eingesetzt wurden. Das Volk – hier der Kanton Nidwalden - wehrte sich (erfolgreich) und setzte per Volksentscheid und Klage durch, dass das Volks in diesen Angelegenheiten (Atomfragen) letztentscheidet.

Jedoch ist seit der Änderung des Bundesgesetzes im Jahr 2005 kein Veto des Standortkantons mehr möglich, weshalb der Kanton sich in den letzten Jahren versucht zu wehren

Links:

<http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/08/29/Schweiz/Energiepolitik/Tiefenlager-Nidwalden-will-sich-Vetorecht-sichern>

<http://www.onz.ch/artikel/109200/>

c) Kanada

Deep river, Ontario

Datum der Abstimmung: Oktober 1995

Ergebnis: 72,4 % für Lagerstätte

Abstimmungsbeteiligung: unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindendes Referendum, de facto Bindewirkung

<http://perc.ca/PEN/1996-07-08/hendrick.html>

kritisch: <http://www.renc.igs.net/~cmichener/ccrc/CCRhtml/wrong.html>

„Claims that the 72% approval level in an October 1995 referendum indicated strong support from a well-informed community are false. Fears were raised in Deep River that a "No" vote could trigger further ob cutbacks at AECL, or be interpreted as a vote of "no confidence" in nuclear power. Downstream municipalities were excluded from the referendum. Several have now requested a full public review of the proposal under the Canadian Environmental Assessment Act (CEAA).“

Kanada, Port Hope

Datum der Abstimmung: August 1995

Ergebnis: Gegen möglichen Standort für Atom-Lagerstätte (Details unbekannt)

In Canada, residents of the Port Hope township voted at the beginning of August to withdraw from consideration as the site for an underground low level radwaste repository. (UNECAN News, 31 August, p5)

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb95/nb9537.htm>

Aktueller Stand (2013):

Kanada hat im Jahre 2002 den „Nuclear Fuel Waste Act“ beschlossen und die Atomkraftbetreiber — Ontario Power Generation, New Brunswick Power and Hydro-Québec — dazu verpflichtet, zur Endlagerproblematik zu forschen und zu arbeiten und hierzu die sogenannte „ Nuclear Waste Management Organization (NWMA)“ zu gründen. Deren Arbeit wird sehr kritisch, unter anderem von „Nuclear Waste Watch“ (gegründet 2003 in Reaktion auf die NWMA) begleitet. Nach derzeitigem Stand ist ein lokales Veto zum Standort – etwa durch eine Volksabstimmung – jedoch nicht vorgesehen.

Links:

<http://www.cbc.ca/news/politics/story/2012/10/16/pol-nuclear-waste-problem-deep-geological-repository.html>

NWMA: <http://www.nwmo.ca/>

<http://www.knownuclearwaste.ca>

Nuclear Waste Watch: <http://www.cnp.ca/nww/index.php>

d) Schweden

Im Verfahren der Standortauswahl ist in Schweden die Zustimmung des Gemeinderats oder ein lokales Referendum erforderlich.

Storuman (Nordschweden)

Datum der Abstimmung: September 1995

Ergebnis: 71 % dagegen

Abstimmungsbeteiligung: Unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindend, de facto Bindungswirkung

Fragestellung: „to allow studies of the region as a possible spent fuel repository site to continue. SKB, the Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Company, is studying other potential sites for the repository, but Storuman is the first area to vote on the issue. Local politicians have promised to respect the outcome of the referendum, although it is not binding under Swedish law. (NuclearFuel, 11 September, p. 13)

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb95/nb9537.htm>

Ausführlich zu Storuman und mit Hintergründen:

<http://www.folkkampanjen.se/doc1/mt9908.html>

Mala (Schweden)

Datum der Abstimmung: Herbst 1997

Einwohnerzahl: ca. 2.000 Einw.

Ergebnis: 55 % dagegen

Abstimmungsbeteiligung: Unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindend, de facto Bindungswirkung

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb97/nb9738.htm>

Aktuell (2013)

Inzwischen ist die Standortfrage in Schweden entschieden. Dort soll bei Östhammar im Osten Schwedens ein Endlager entstehen – in der Nähe eines bereits bestehenden Atomkraftwerks und eingebettet in Granitgestein. Nach derzeitigen Plänen soll es nach dem Jahr 2022 in Betrieb genommen werden und für mindestens 100.000 Jahre nuklearen Müll aufnehmen. Jedoch gibt es dort beim bereits bestehenden Lager für schwach bis mittelradioaktive Abfälle schon nach 20 Betriebsjahren Probleme (Wasser drang ein).

Links:

Hintergrundartikel zu Schweden aus dem Jahr 2011:

<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2011-05/atommuell-endlager-skandinavien>

e) Finnland

Lokales Referendum in Eurakoji, Halbinsel Olkiluoto

Datum: 27.01.2000

Ergebnis: Pro Lager, sehr deutliche Mehrheit

Abstimmungsbeteiligung und exaktes Ergebnis: nicht auffindbar

27.01.2000: In Finland, the municipality of Eurakoji has voted overwhelmingly in support of the selection of Olkiluoto as the site of a final disposal facility for spent fuel. The vote is part of the procedure related to spent fuel management company Posiva's application for a government Decision in Principle on the repository plans. The government decision is expected in the next few months...

Mai 2001: Regierung bestätigt Pläne.

Aktuell (2013)

Finnland hat somit den Bau eines Endlagers (Onkalo, Gemeinde Eurakoji) beschlossen. Als Standort wurde die Insel Olkiluoto an der Westküste ausgewählt. Dort gibt es zwei Atomkraftwerke, ein drittes befindet sich im Bau. Für schwach bis mittel radioaktiven Müll existiert vor Ort schon ein Endlager. Ob sich das vorhandene Granitgestein auch für die Entsorgung abgebrannter Brennstäbe eignet, wird derzeit noch untersucht. Baubeginn soll 2015 sein, die Einlagerung kann frühestens 2020 erfolgen.

Jedoch gibt es kritische Stimmen und Einwände, etwa von Greenpeace.

Links:

<http://www.tagesschau.de/ausland/euatommuell100.html>

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1970047/>

<http://www.n-tv.de/politik/Finnen-bauen-ihr-Atom-Endlager-article1492796.html>

<http://www.greenpeace.org/international/en/campaigns/nuclear/waste/>